



20. Juni 2018

## Arbeit im Landtag

### Parlamentarischer Untersuchungsausschuss: Es geht um die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten

Am 15. März 2018 soll es einen angeblichen Hacker-Angriff auf den privaten Haushalt und den technisch damit verbundenen landwirtschaftlichen Betrieb des Ehemanns der damaligen Ministerin Schulze-Föcking in Steinfurt gegeben haben. Diesen Eindruck vermittelten zumindest der Ministerpräsident und die Staatskanzlei am 16. März 2018 den Menschen in ihren Statements. Tatsächlich gab es keinen Hacker-Angriff, sondern nur einen Bedienfehler bei einem Tablet-PC durch einen Familienangehörigen. Wochenlang wurden Parlament und Öffentlichkeit in dem Glauben gelassen, dass es den Hacker-Angriff tatsächlich gegeben habe. Die Fraktionen von SPD und Grünen haben deshalb die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt. Der Untersuchungsausschuss soll die Frage klären, ob die Regierung Laschet im Fall des Hacker-Angriffs Parlament und Öffentlichkeit getäuscht hat. Im Fall der Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität soll auch untersucht werden, ob die Landesregierung mit ihrer Informationspolitik davon abzulenken versuchte, dass sie die Verbrechensbekämpfung in diesem Bereich geschwächt hat.



Untersuchungsausschuss; Urheber: DOC RABE Media

[www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

Drucksache [17/2753](#)

### SPD drängt Landesregierung zu mehr Aktivität gegen die geplante Standortschließung bei ZF Gelsenkirchen

Im Wirtschaftsausschuss des Landtages hat NRW-Wirtschaftsminister Pinkwart gestern einen von der SPD-Fraktion angeforderten Bericht zur Lage des von der Schließung bedrohten ZF-Standortes abgegeben und mit den Abgeordneten diskutiert. Dazu erklärt der Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier:

„Es ist gut, dass das Thema ZF nach mehreren Initiativen der SPD-Abgeordneten, auf die die schwarz-gelbe Landesregierung nicht reagierte, jetzt politisch beraten werden konnte. Minister Pinkwart hat erkennen lassen, dass er mit seinem Ministerium bei der Sicherung des Standortes unterstützen will. Gleichzeitig weist der Bericht der Landesregierung eine deutliche Unwucht auf und gibt vor allem die von ZF zur Standortschließung angeführten Argumente teilweise im Wortlaut als Fakten wieder. Es ist erkennbar, dass der Kontakt zur Arbeitnehmerseite von der Landesregierung bisher nicht im gleichen Maße gepflegt wurde und die Perspektive der Betroffenen stärkere Berücksichtigung finden muss. Darauf habe ich den Minister hingewiesen. Ich hoffe, dass das Gespräch der Arbeitnehmervertreter mit Landesarbeitsminister Laumann dabei hilft, diese Unwucht zu korrigieren.“

Im Ausschuss herrschte Einigkeit darüber, dass der Erhalt des Produktionsstandortes und seine zukunftsfähige Weiterentwicklung das vordringliche Ziel sein muss. Es wäre zu wünschen, dass auch die Regierungsvertreter stärker im Verbund mit Betriebsrat und Belegschaft für diese Zukunftsperspektive kämpfen. Bei ZF in Gelsenkirchen geht es um ein wichtiges Signal für den Wirtschafts- und Industriestandort nördliches Ruhrgebiet und um über 500 Schicksale der betroffenen Arbeitnehmer und ihrer Familien. Als SPD-Landtagsfraktion bleiben wir solidarisch an ihrer Seite.“

## Planungssicherheit bei der Schulsozialarbeit schaffen

Aus verschiedenen Kommunen wird berichtet, dass sich die Träger nicht in der Lage sehen, die Beschäftigungsverhältnisse mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern über den Sommer 2018 hinaus zu verlängern. Die Landesregierung hat es versäumt, Klarheit darüber zu schaffen, wie die Mittel für eine Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit abgerufen werden können. Wenn die Landesregierung nicht bald handelt, droht der Verlust vieler hunderter Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Die Mitte-Rechts-Regierung muss daher unverzüglich ein ganzheitliches Konzept für die verschiedenen Fördermodalitäten von Schulsozialarbeit erarbeiten. Die SPD-Landtagsfraktion stellte vor dem Hintergrund der Bedeutung des Themas einen Antrag für die Plenarsitzung des nordrhein-westfälischen Landtags.

Drucksache [17/2757](#)



Schulkinder: Jan Mönnikes - SPD-Fraktion NRW

---

## NRW braucht mehr mietpreisgebundenen Wohnungsbau und nicht weniger!

Die Soziale Wohnraumförderung dient der Förderung von mietpreisgebundenem Wohnungsbau. Diese mietpreisgebundenen Wohnungen helfen denjenigen, die sich am Markt nur schwer mit bezahlbarem Wohnraum versorgen können. Aus diesem Grund hat die SPD-geführte Vorgängerregierung die soziale Wohnraumförderung in NRW bis 2017 attraktiver gemacht und die Förderergebnisse auf Rekordwerte gebracht.

Die Mitte-Rechts-Regierung bricht mit dieser Politik: CDU und FDP haben zwar mehr Wohnraum versprochen, kürzen aber die soziale Wohnraumförderung um mehr als 27 Prozent. Stattdessen möchte sie die Eigenheimförderung ausbauen, obwohl sich das, wie Studien belegen, nur die wenigsten Menschen leisten können.

Drucksache [17/1438](#)



Wohnungsbau: Urheber: animaflorea - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

---

## Land muss Mittel aus aktueller EU-Förderperiode vollends ausschöpfen!

NRW hat in den letzten Jahrzehnten von der europäischen Fördermitteln profitiert: Ob Niederfeldsee in Essen, Logport in Duisburg-Rheinhausen, die Ruhrtrienale oder Bildungsschecks - all diese Projekte wurden mit Hilfe von EU-Mitteln finanziert. Mit den Mitteln werden auch Produktionsschulen finanziell unterstützt, die Jugendlichen dabei helfen, eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle zu bekommen. Damit die Fördermittel schneller abgerufen und vor Ort eingesetzt werden können, muss die Landesregierung schleunigst aktiv werden. Die EU-Mittel müssen schneller bei den Kommunen ankommen: Wir fordern die Landesregierung deshalb dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Bewilligungsverfahren zur Auszahlung von Fördermitteln zu beschleunigen.

Drucksache [17/2755](#)



Europa: Urheber: Julien Eichinger - [www.fotolia.com](http://www.fotolia.com)

## Wahlkreisarbeit

### Öffentliche Bürgersprechstunde auf der Bahnhof- und Hochstraße



Urheber Foto: Thomas Gödtner; Bahnhofstraße

An den beiden verkaufsoffenen Sonntagen auf der Bahnhof- und Hochstraße standen die direkt gewählten Abgeordneten aus der Bundes- und Landesebene für Fragen und Anregungen seitens der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Mit ein „Europa-Quiz“ haben wir die Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener gefragt, was allein die Stadt Gelsenkirchen an Mitteln von der Europäischen Union in der aktuellen Förderperiode von 2014 - 2017 erhält.

Großer Andrang herrschte beim Quiz, denn viele waren erstaunt, dass Gelsenkirchen solch eine immense finanzielle Unterstützung von der EU erhält – genauer gesagt 11 Millionen Euro. Hinzu kamen unzählige Gespräche, die die Abgeordneten vor Ort geführt haben. Wir werden die Aktionen an verkaufsoffenen Sonntagen weiterführen und somit auch außerhalb von Wahlkampfzeiten für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ansprechbar sein.



Urheber Foto: Daniel Schlieffe; Hochstraße

### Gespräch mit Herrn Kowalczyk – Leiter der Agentur für Arbeit in GE

Mit dem neuen Leiter der Agentur für Arbeit in Gelsenkirchen Marcus Kowalczyk haben Markus Töns, Heike Gebhard und Sebastian Watermeier ein längeres Gespräch geführt. Unter anderem ging es um die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, Möglichkeiten der Qualifizierung von Arbeitslosen und Beschäftigten sowie aktuellen Problemen. Dies ist ein guter Auftakt für die weitere Zusammenarbeit, die gerade in Gelsenkirchen besonders wichtig ist.



Urheber Foto: Karin Lizium; v.l. Sebastian Watermeier, Markus Töns, Heike Gebhard, Marcus Kowalczyk

## Heike Gebhard und Sebastian Watermeier: „Ohne die tägliche Einsatzbereitschaft der Feuerwehr würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren“



Urheber Foto: Daniel Schlieffe; v.l. Michael Axinger, Heike Gebhard, Sebastian Watermeier

Anlässlich der „Aktionswoche der Feuerwehren“ informierten sich die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier beim Leiter der Feuerwehr Michael Axinger und seinem Stellvertreter Daniel Hüwe in der Hauptwache Gelsenkirchen über die Arbeits- und Einsatzbedingungen.

Dazu Heike Gebhard MdL: „Die Feuerwehren sind rund um die Uhr einsatzbereit, um Menschen in Notlagen zu helfen. Daher hat für die SPD-Landtagsfraktion die Stärkung der Feuerwehren eine hohe Bedeutung. Vor Ort haben wir uns einen Eindruck über die steigenden Einsatzzahlen der letzten Jahre, vor allem beim Rettungsdienst, verschafft. Sowohl Personal als auch Ausstattung müssen mit den steigenden Anforderungen mitwachsen.“

„Auch die Freiwillige Feuerwehr leistet in Gelsenkirchen einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit im gesamten Stadtgebiet. Daher wird hier auf vorbildhafte Art auf das Einheitsgefühl der Freiwilligen und der Berufsfeuerwehr geachtet. Dies geschieht unter anderem durch gleiche Uniformen oder gleiche Ausrüstung“, ergänzt Sebastian Watermeier MdL.

„Diese Stärkung des Ehrenamts steht ganz in der Tradition des vom damaligen Innenminister Ralf Jäger vorgestellten Projektes „FeuerwEHREnsache“. Gemeinsam mit dem Verband der Feuerwehren in NRW wurde dieses erarbeitet, um die Zusammenarbeit von Feuerwehr und Schule zur Nachwuchsförderung auszuweiten“, so Heike Gebhard, „dies wird sich die SPD-Fraktion auch zukünftig zur Aufgabe machen.“

---

## Hauptstadtkongress Gesundheit und Medizin in Berlin

In ihrer Funktion als Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales nahm Heike Gebhard an einer Podiumsdiskussion „Zukunft sektorübergreifende Versorgung - Qualität durch Zusammenarbeit“ der Knappschaft auf dem Hauptstadtkongress Gesundheit und Medizin teil. Gemeinsam mit Dieter Castrup, Abteilungsleiter Vertrags- und Versorgungsmanagement der KNAPPSCHAFT, Dr. Dr. med. Günter Lapsien, Vorstandsvorsitzender im Gesundheitsnetz prosper Gelsenkirchen/Gladbeck, und Werner Neugebauer, Geschäftsführer des Bergmannsheil und Kinderklinik Buer, diskutierte sie dort über Probleme bei der sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung. Dabei stellte Heike Gebhard die Bedürfnisse von Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt.

„Die Menschen erwarten, dass nahtlose Übergänge zwischen ambulanter und stationärer Versorgung zur Regel werden. Dies wird bisher durch unterschiedliche Vergütungssysteme in beiden Bereichen erschwert“, so Heike Gebhard. „Auf Grundlage des Koalitionsvertrages im Bund wird nun eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Lösungen für dieses Problem erarbeiten soll.“

## Terminhinweise:

### Werkstattgespräch "Perspektive Sozialer Arbeitsmarkt"



Werkstattgespräch: V-Formation, Berlin

**Dienstag, 10. Juli 2018, von 15 bis 17 Uhr - Landtag NRW**

Die deutsche Wirtschaft boomt, die Zahl der Beschäftigten befindet sich seit Jahren auf Rekordniveau. Doch trotz immer neuer Versuche ist es bislang nicht gelungen, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit deutlich zu senken. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass wir einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt brauchen, der Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Langzeitarbeitslosen sollen so gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben in Form von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen mit längerfristiger Perspektive und mit ordentlicher Bezahlung angeboten werden.

Die im Koalitionsvertrag verabredete Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarktes“ ist ein wichtiger Schritt zur Neujustierung der Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesregierung plant nun, dieses wichtige Vorhaben noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen.

Wir wissen, dass für die erfolgreiche Umsetzung eines sozialen Arbeitsmarktes die Akteure vor Ort entscheidend sind. Deshalb möchten wir im Rahmen unseres Werkstattgesprächs gerne mit Ihnen gemeinsam über die Möglichkeiten, Chancen und Perspektiven eines sozialen Arbeitsmarktes diskutieren und die konkreten Gesetzgebungsvorschläge des federführenden Bundesarbeitsministeriums erörtern.

Wir freuen uns auf eine anregende Debatte!

[Anmeldung](#)

---

**Besucht uns auch hier**

facebook

V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf